

größer ist, als der Verweis auf geöffnete Lebensmittelgeschäfte in Frankreich oder England ahnen läßt.

Natürlich tuen jene, die für höhere Umsätze ihres Unternehmens bezahlt werden, nur ihre Pflicht. Sie müssen allerdings von der Gesellschaft darauf aufmerksam gemacht werden, daß die durch eine geänderte Praxis der Ladenöffnungszeiten an Sonntagen verursachten Verluste in der Bilanz erst dann zu bemerken sind, wenn die Gewinne längst verteilt sind. S. O.

Beharrlich

Die deutschen Bischöfe sollten sich in der „Schein-Frage“ nicht beirren lassen

Daß die Diskussion über die Beteiligung der katholischen Kirche in Deutschland an der Schwangerenkonfliktberatung mit dem Papstbrief vom 3. Juni und der Entscheidung des Ständigen Rates der Bischöfe vom 22. Juni (vgl. HK, Juli 1999, 328) ausgestanden sein würde, war nicht zu erwarten. Die Lösung, die die Bischöfe bei ihrem Treffen in Würzburg mit einer Enthaltung gebilligt haben, hat ihre Fußangeln und ist auch nicht leicht zu vermitteln: Verbleib in der Konfliktberatung, aber gleichzeitig Aufnahme des von Johannes Paul II. urgierten Satzes in den Beratungs- und Hilfeplan, daß „diese Bescheinigung nicht zur Durchführung straffreier Abtreibungen verwendet werden“ könne.

Die Teile des deutschen Katholizismus, die seit Jahr und Tag einen Ausstieg der Kirche aus der Schwangerenkonfliktberatung fordern und auch in Rom dementsprechend vorstellig werden, werfen den Bischöfen und ihrem Konferenzvorsitzenden jetzt Trickserei vor. Sie hätten mit ihrer Entscheidung der Intention des Papstbriefs zuwidergehandelt und verspielt damit ihre Glaub-

würdigkeit. Gleichzeitig wird von interessierter Seite verbreitet, in Rom sei man mit der Lösung der deutschen Bischöfe ganz und gar nicht zufrieden; es sei deswegen möglicherweise mit einem weiteren Papstbrief zur „Schein-Frage“ zu rechnen.

In wenigen Wochen kommen die Bischöfe zu ihrer Herbstvollversammlung zusammen. Es ist die erste Vollversammlung nach dem Papstbrief vom 3. Juni; außerdem steht die Wahl des Vorsitzenden auf der Tagesordnung. Im November werden die deutschen Bischöfe dann gruppenweise ihren turnummäßigen Ad-limina-Besuch absolvieren. Daß Johannes Paul II. in seinen Ansprachen an die Bischöfe das Thema Beratung ausspart, ist kaum zu erwarten.

Die nächsten Monate könnten kirchenpolitisch also durchaus spannend werden. Gerade deshalb sollte man sich nochmals der Ausgangsposition vergewissern: Der Ständige Rat hat mit seiner Entscheidung vom 22. Juni eine Interpretationsmöglichkeit des Briefs Johannes Pauls II. genutzt, die der Text – ob zunächst gewollt oder ungewollt – von sich aus hergibt. Der Apostolische Nuntius in Deutschland hat in seinem Schreiben vom 16. Juni an Bischof Lehmann offensichtlich mitgeteilt, daß der Heilige Stuhl einen Verbleib in der gesetzlich vorgeschriebenen Konfliktberatung akzeptieren könnte, wenn die Bischöfe den vom Papst geforderten Satz in den Beratungs- und Hilfeplan aufnehmen. Es ist davon auszugehen, daß sich der Nuntius dabei sowohl beim Staatssekretariat wie bei der Glaubenskongregation rückversichert hat.

Zum zweiten: Eine optimale, runde, alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung in der Frage der Konfliktberatung gibt es nicht und kann es auch nicht geben. Das hat der Bericht der Arbeitsgruppe Schwangerschaftskonfliktberatung der Bischofskonferenz mit aller Deutlichkeit herausgearbeitet. Es bleibt nur die *schwierige Abwägung*, was auf der Grundlage des unbeirraren Eintretens

der Kirche für das Lebensrecht der ungeborenen Kinder und im Kontext der gesetzlichen Regelung in der Bundesrepublik besser ist: Das einmalige Signal eines Ausstiegs oder das beharrliche Bemühen, möglichst viele Frauen in Schwangerschaftskonflikten zu erreichen und die Chancen des Profils der katholischen Beratungsstellen zu nutzen.

Die Bischöfe haben sich in den letzten Jahren immer mit großer Mehrheit für den Verbleib in der gesetzlich vorgeschriebenen Konfliktberatung entschieden und sich diese Entscheidung nie leicht gemacht. Gleichzeitig haben sie – zuletzt durch das Modell des Beratungs- und Hilfeplans, zuvor schon durch die Beratungsrichtlinien – nichts unversucht gelassen, um den besonderen Auftrag der kirchlichen Beratungsstellen zugunsten des ungeborenen Lebens herauszustellen.

Sie sind dieser Linie auch nach dem Brief Johannes Pauls II. vom 3. Juni treu geblieben, ungeachtet aller Schwierigkeiten, die sich bei der Umsetzung ihres für viele schwer zu verstehenden „Doppelbeschlusses“ vom 22. Juni ergeben bzw. noch ergeben werden. Sie sollten sich davon auch in den kommenden Wochen und Monaten nicht abbringen lassen. Die damit verbundenen Konflikte und Spannungen muß die Kirche aushalten. U. R.

Alarmismus

Das Thema Weltbevölkerungswachstum verträgt keine Panikmache

Diese Botschaft mußte auch der Dümme kapieren: Ein leerer Teller in der Mitte, im Kreis um ihn herum, dicht an dicht, unzählige Löffel. Mit dieser Inszenierung hätte es der sarkastischen Zeile in der Mitte der Anzeige eigentlich schon nicht mehr bedurft: „Zum

Tag der Weltbevölkerung begrüßen wir alle 230 000 Menschen, die heute neu dazugekommen sind.“

Im Kleingedruckten am Fuß der Anzeige fand der Leser die eindringliche Warnung der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW), die diese Anzeige in einigen großen Tageszeitungen und Magazinen im Juli geschaltet hatte:

„Jede Sekunde wächst die Erde um drei Menschen und die Probleme wachsen mit. Vor allem in den Entwicklungsländern: Armut, Hunger, Wassermangel.“ Und dann der Appell: „Fördern wir Familienplanung, bevor es zu spät ist.“

Noch in diesem Jahr wird die Zahl der Menschen auf unserem Planeten die Sechs-Milliarden-Grenze überschreiten; 98 Prozent dieses Wachstums tragen derzeit die Entwicklungsländer. Bis zum Jahr 2050 werden es gemäßigten Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge 9,4 Milliarden sein. Bei elf Milliarden soll sich gegen das Jahr 2200 die Weltbevölkerung schließlich stabilisieren. Aber wer wollte die gewaltigen Probleme bestreiten, mit denen das rasante Bevölkerungswachstum die Menschheit schon heute konfrontiert.

Auch wenn dies das Feindbild derer bestätigt haben mag, die in der katholischen Weltkirche nach wie vor das größte Hindernis im Kampf gegen die „Bevölkerungsexplosion“ oder „-katastrophe“ sehen: Der Geschäftsführer der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* huldigte keineswegs einem naiven „Seid fruchtbar und mehret euch!“, als er in einer öffentlichen Erklärung die Anzeige der DSW kritisierte. Aus erkennbar propagandistischer Absicht werde, so *Ulrich Pöner*, das landläufige Vorurteil bestärkt, das starke Bevölkerungswachstum sei die Hauptursache für wirtschaftliche und soziale Krisen in den Entwicklungsländern, für die immensen globalen Umweltprobleme sowieso.

Freilich stieß sich Pöner auch daran, daß die DSW offenkundig nur ein Mittel gegen das hohe Bevölkerungswachstum kenne, die Förderung der Famili-

enplanung. Diese Forderung sei nicht falsch, aber eben völlig einseitig. In einem Beitrag für das Nachrichtenmagazin *Focus*, betitelt „Bevölkerungswachstum provoziert Kriege“ (29/99), betonte dagegen *Hans Fleisch*, Geschäftsführer der DSW in Hannover und Mitglied der Bevölkerungskommission der Bundesregierung: „Familienplanung gehört zu den kosteneffizientesten Entwicklungsmaßnahmen überhaupt.“

Gegen die Isolierung der Ursachen und Wirkungen des Bevölkerungswachstums, die Behauptung allzu einfacher Kausalzusammenhänge und die Fixierung auf Familienplanung zur Problemlösung bestehen seit Jahren hartnäckig *Justitia et Pax* ebenso wie andere kirchliche Entwicklungsorganisationen und -gruppen darauf, angemessen lasse sich das Problem des Bevölkerungswachstums nur als Teil einer umfassenden Entwicklungskrise begreifen.

Entsprechend braucht seine Lösung auch eine integrierte Strategie, ein Konzept mithin, das Armutsbekämpfung, Frauenförderung, Bildung und Programme zur Förderung der in Fachkreisen sogenannten „reproduktiven Gesundheit“ einschließt; selbstverständlich auch eine verantwortliche Familienplanung, die die kulturellen und religiösen Voraussetzungen in den betroffenen Ländern respektiert. Ihre Lösungsformel heißt eben nicht: Weniger Menschen, geringere Umweltzerstörung oder: Weniger Armut durch weniger Menschen. „Weniger Menschen durch weniger Armut“ lautete statt dessen die Gleichung, die im Zentrum einer Erklärung stand, die die Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz mit Blick auf die Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 veröffentlicht hatte (vgl. HK, Januar 1994, 12 ff.).

Über den unauflösbaren Zusammenhang aller globaler Krisen besteht dabei seit einigen Jahren schon ein weitreichender Konsens unter Bevölkerungs- und Entwicklungsexperten, einschlägig befaßten Politikern, kirchlichen und

nichtkirchlichen Organisationen. Armut, Hunger, Umweltzerstörung, auch Migration, Flüchtlingsbewegungen, kriegerische Konflikte oder die Ausbreitung von Aids und eben das Weltbevölkerungswachstum sind wechselseitig voneinander abhängig.

Spätestens mit dem Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994, die sich ebenfalls unter den Anspruch gestellt hatte, Bevölkerung und Entwicklung zu behandeln (vgl. HK November 1994, 555 ff.), wurde so auch ein grundlegender Paradigmenwechsel in der Weltbevölkerungspolitik vollzogen. Es geht nicht mehr nur um Bevölkerungskontrolle, um technokratisch geplante Verhütungsprogramme, fixiert auf bestimmte demographische Ergebnisse und wenn nötig durchgesetzt auch mit Druck und Zwang gegen die betroffenen Bevölkerungsgruppen.

Ausgangs- und Bezugspunkt des Kairoer Aktionsprogramms bildete eine konsequent menschenrechtliche Argumentation: der Ansatz beim Recht jedes einzelnen, Zahl der Nachkommen und die Abstände der Geburten eigenverantwortlich zu bestimmen und das Recht auf den Zugang zu einer selbstbestimmten Familienplanung weltweit. Daraus wiederum resultierten die zwei Grundforderungen, die dem Aktionsprogramm seinen Rahmen gaben. Zum einen das Postulat umfassender Förderung der Frauen, als Schlüssel für alle gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse und damit auch zur Reduzierung des Bevölkerungswachstums. Auf der anderen Seite standen Förderung und Recht der „reproduktiven Gesundheit“.

Die Bilanz einer Sonderversammlung der Vereinten Nationen zum fünfjährigen Wirkungsprozeß des Kairoer Aktionsprogramms vor wenigen Wochen fiel eher ernüchternd aus. Besonders zeigte sich, daß auch wenn die nationalen Regierungen in Entwicklungsländern die Bedeutung besserer Gesundheitsversorgung für Mütter und Kinder

oder die der Stärkung der rechtlichen und sozialen Stellung der Frauen erkannt haben, die Umsetzung vor Ort nicht nur sehr lange dauert, sondern oftmals einfach auch an fehlenden finanziellen Mitteln scheitert.

Noch weniger ermutigend war, daß es bei dieser Sonderversammlung zur Wiederauflage der heftigen Auseinandersetzungen der Weltbevölkerungskonferenz vor fünf Jahren kam. Versuche, das Kairoer Aktionsprogramm in Richtung Förderung von Familienplanung und Sexualerziehung zuzuspitzen, stießen auf den Widerstand bei den Delegierten islamischer und katholisch geprägter Länder. Und bestürzt über die Verhandlungen zeigte sich der ständige Vertreter des Vatikans bei den Vereinten Nationen, Erzbischof *Renato Mar-*

tino. Er warf den Delegationen westlicher Staaten vor, ein Recht auf Abtreibung forcieren zu wollen und dabei die Menschenrechte zu untergraben. Und erneut kritisierte der Vatikanvertreter auch, zu sehr seien Bevölkerungsfragen auf Kosten der Entwicklungsfragen im Vordergrund gestanden.

So sehr die komplexen Wirkungszusammenhänge einen höchst differenzierten Umgang mit dem Thema Weltbevölkerungswachstum verlangen, so schwer fällt allen an dieser Diskussion Beteiligten die Gratwanderung zwischen Banalisierung und Panikmache; eine besondere Herausforderung ist diese für Organisationen, die Spendenmittel für die zweifelsohne in vielen Ländern der Erde dringend benötigten

Familienplanungsprogramme einwerben wollen.

Statistik und Zahlen zum Weltbevölkerungswachstum sind immer für apokalyptische Bilder gut. Allerdings zeigt gerade der Debattenverlauf um die globale Umweltkrise, wie schnell Untergangsszenarien und -prophezeiungen eher eine abstumpfende Wirkung haben. Daher sorgte sich der Geschäftsführer von *Justitia et Pax* zu Recht angesichts der drastischen Werbung der DSW: „Wer die zum Alarmismus neigende Stimmung in der westlichen Öffentlichkeit befördert und sich einer nicht nur simplifizierenden, sondern demagogisch-verzerrenden Darstellung befleißigt, dient dem Anliegen einer humanen Bevölkerungspolitik nicht.“

A. F.

Europasynode: Thematische Weichenstellungen

Vom 1. bis 23. Oktober findet zum zweiten Mal eine Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa statt. Sie soll eine Bilanz der Entwicklung seit der „Wende“ ziehen und Perspektiven für das christliche Zeugnis in Europa erarbeiten.

Mit der Europasynode von Ende 1991 (vgl. HK, Februar 1992, 65 ff.) begann die Reihe der Kontinentalsynoden, die Johannes Paul II. der Weltkirche zur Vorbereitung auf die Jahrtausendwende verordnet hat. Jetzt wird die zweite Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa vom 1. bis 23. Oktober diese Serie abschließen. Im Jahr 2000 folgt dann wieder eine Ordentliche Vollversammlung der Bischofssynode – die erste seit der „Ordenssynode“ von 1994. Sie wird sich mit dem „Bischof als Diener des Evangeliums Jesu Christi für die Hoffnung der Welt“ befassen.

Die erste Europasynode hatte der Papst bei seinem Besuch in der damals noch bestehenden Tschechoslowakei im April 1990 angekündigt, nur wenige

Monate nach der Wende in der Osthälfte des Kontinents. Für die Ankündigung der zweiten Synodenversammlung für Europa wählte er dann seinen Besuch im nicht mehr geteilten Berlin im Juni 1996 (vgl. HK, August 1996, 392 ff.). Während für die Vorbereitung seinerzeit nur eineinhalb Jahre blieben, konnte das neue Treffen der Bischöfe aus ganz Europa jetzt drei Jahr lang vorbereitet werden.

Anders als 1990/91 gab es diesmal die beiden üblichen vorsynodalen Dokumente, zunächst die „Lineamenta“ und jetzt das „Instrumentum laboris“, das jeweils auf der Grundlage der zum ersten Dokument eingegangenen Stellungnahmen vom Synodensekreta-

riat mit Hilfe von Experten erarbeitet wird. Das im Juli veröffentlichte „Instrumentum laboris“ ist sehr viel umfangreicher als die „Lineamenta“ (April 1998); vom Verhältnis zum Islam bis zu den katholischen Schulen und von der Globalisierung bis zum Priesternachwuchs fehlt kaum ein Thema, das derzeit in den europäischen Ortskirchen auf der Tagesordnung steht.

Allerdings wird in dem Dokument an keiner Stelle ein europäisches Land namentlich genannt; nur nach westlichen und östlichen Ländern wird an entsprechenden Stellen unterschieden. Damit stellt sich die Frage: Könnten sich die Synodenväter nicht für ihre Vorbereitung ein genaueres Bild von der katholischen Kirche Europas und ihrem Umfeld machen, wenn man ihnen statt eines „Instrumentum laboris“ in der bisherigen Form einfach das beim Synodensekretariat eingegangene Material aus den einzelnen Ländern bzw. Ortskirchen oder eine Synopse dieses Materials zur Verfügung stellen würde? Dann könnte man auch auf die zahlreichen Papstzitate verzichten, die sich im „Instrumentum